

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Leichlingen

- 9 Ergänzung zur Allgemeinverfügung zu weiteren kontakt-reduzierenden Maßnahmen ab dem 18.03.2020 vom 20.03.2020

Herausgeber

Stadt Leichlingen – Der Bürgermeister
Am Büscherhof 1 – 42799 Leichlingen

Ihre Ansprechpartnerin

Fr. Claudia Rickert - ☎ 02175/992114

Das Amtsblatt der Stadt Leichlingen erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Es kann an der Bekanntmachungstafel am Rathaus jederzeit eingesehen werden.

Darüber hinaus besteht auf der städtischen Homepage www.leichlingen.de – Bürgerservice und Rathaus - Amtsblatt- die Möglichkeit das Amtsblatt einzusehen und auszudrucken.

8 Ergänzung zur Allgemeinverfügung zu weiteren kontaktreduzierenden Maßnahmen ab dem 18.03.2020 vom 20.03.2020

Aufgrund § 28 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) in Verbindung mit dem Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15.03.2020 und der Fortschreibung dieses Erlasses durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17.03.2020 **sowie in Verbindung mit dem Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zur kontaktreduzierten Umsetzung von arbeitspolitischen Fördermaßnahmen vom 18.03.2020** wird in Ergänzung der Allgemeinverfügung der Stadt Leichlingen zum Verbot von Veranstaltungen vom 15.03.2020 und in Ergänzung zur Allgemeinverfügung der Stadt Leichlingen zu weiteren kontaktreduzierenden Maßnahmen ab dem 16.03.2020 und 17.03.2020 vom 17.03.2020 **sowie in Ergänzung zur Allgemeinverfügung der Stadt Leichlingen zu weiteren kontaktreduzierenden Maßnahmen ab dem 16.03.2020 und 17.03.2020 vom 18.03.2020** folgende neue bzw. weitere

Allgemeinverfügung

im Sinne des § 35 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen VwVfG NRW erlassen:

1. Für Reiserückkehrer aus Risikogebieten nach der Klassifizierung des Robert-Koch-Institutes gilt für den Zeitraum von 14 Tagen nach Aufenthalt ein Betretungsverbot für folgende Bereiche:
 - Gemeinschaftseinrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen, heilpädagogische Kindertageseinrichtungen, „Kinderbetreuung in besonderen Fällen“ (Schulen und Heime, in denen überwiegend minderjährige Personen betreut werden) sowie betriebserlaubte Einrichtungen nach § 45 SGB VIII (stationäre Erziehungshilfe)
 - Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt, Dialyseeinrichtungen und Tageskliniken
 - Stationäre Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe, besondere Wohnformen im Sinne des SGB IX sowie ähnliche Einrichtungen
 - Berufsschulen
 - Hochschulen

Welche Länder und welche Regionen als Risikogebiete im vorbezeichneten Sinne gelten, ergibt sich aus den Festlegungen des Robert-Koch-Institutes, die unter dem Link https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogebiete.html veröffentlicht sind und eine ständige Aktualisierung erfahren.

2. Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie stationäre Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe, besondere Wohnformen im Sinne des SGB IX sowie ähnliche Einrichtungen haben nachstehende Maßnahmen zu ergreifen:
 - Diese Einrichtungen haben Maßnahmen zu ergreifen, um den Eintrag von Coronaviren zu erschweren, Patienten und Personal zu schützen und persönliche Schutzausrüstung einzusparen.
 - Sie haben Besuchsverbote oder restriktive Einschränkungen der Besuche anzusprechen; maximal ist aber ein registrierter Besucher pro Bewohner / Patient pro Tag mit

Schutzmaßnahmen und mit Hygieneunterweisung zuzulassen. Ausgenommen davon sind medizinisch oder ethisch-sozial angezeigte Besuche (z.B. Kinderstationen, Palliativpatienten).

- Kantinen, Cafeterien oder andere der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtungen für Patienten und Besucher sind zu schließen.
- Sämtliche öffentliche Veranstaltungen wie Vorträge, Lesungen, Informationsveranstaltungen etc. sind zu unterlassen.

3. Folgende Einrichtungen, Begegnungsstätten und Angebote sind zu schließen bzw. einzustellen:

- Alle Kneipen, Cafés (**hierzu zählen auch die Cafés mit Selbstbedienung in Bäckereien**), Bars, Clubs, Diskotheken, Theater, Opern- und Konzerthäuser, Kinos und Museen und ähnliche Einrichtungen unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft oder von Eigentumsverhältnissen ab dem 16.03.2020
- Alle Messen, Ausstellungen, Freizeit- und Tierparks und Anbieter von Freizeitaktivitäten (drinnen und draußen), Spezialmärkte und ähnliche Einrichtungen ab dem 18.03.2020
- Alle Fitness-Studios, Schwimmbäder und sogenannte „Spaßbäder“ sowie Saunen und ähnliche Einrichtungen ab dem 16.03.2020
- Spiel- und Bolzplätze ab dem 18.03.2020; hierzu zählen auch Skateranlagen, Bouleplätze, öffentliche Tischtennisplatten, **das Spielen in öffentlichen Parkanlagen** etc.
- Alle Angebote in Volkshochschulen, in Musikschulen, in sonstigen öffentlichen und privaten außerschulischen Bildungseinrichtungen ab dem 17.03.2020
- Reisebusreisen ab dem 18.03.2020
- Jeglicher Sportbetrieb auf und in allen öffentlichen und privaten Sportanlagen sowie alle Zusammenkünfte in Vereinen, Sportvereinen und sonstigen Sport- und Freizeiteinrichtungen ab dem 17.03.2020
- Spielhallen, Spielbanken, Wettbüros und ähnliche Einrichtungen ab dem 16.03.2020
- Prostitutionsstätten, Bordelle und ähnliche Einrichtungen ab dem 16.03.2020
- **Sämtliche Restaurants, Speisegaststätten sowie Imbissbuden mit Sitzgelegenheiten (hierzu zählen auch die Imbisse mit Selbstbedienung und Sitzgelegenheit in Metzgereien etc.)**

Zugelassen bleiben Angebote von Hotels für die Bewirtung von Übernachtungsgästen gemäß Ziffer 4, bei denen Speisen ausgeliefert oder zur unmittelbaren Mitnahme ausgegeben werden.

- **Kosmetik- und Fußpflegestudios, Sonnen- und Tattoostudios sowie Fahrschulen sowohl für den theoretischen als auch für den praktischen Unterricht**
- **Trauerhallen**
- **Campingplätze**

Der Aufenthalt ist dort nur zu begründeten, evtl. längerfristigen, Wohnzwecken erlaubt. In diesen Fällen haben die Bewohner voneinander Abstand zu halten und insbesondere für die Gemeinschaftseinrichtungen einen Hygiene- und Putzplan zu erstellen.

Folgende weitere Einrichtungen und Angebote sind zu schließen bzw. einzustellen:

- **Einrichtungen zur Beratung von Unternehmen zur Fachkräftesicherung und Potentialberatung (Die Beratungsgespräche zur Ausstellung von Schecks für die Förderprogramme Beratung von Unternehmen zur Fachkräftesicherung, Potentialberatung und Kompetenzentwicklung von Beschäftigten durch Bildungsscheckverfahren können telefonisch oder per Videochat erfolgen. Bei positivem Beratungsergebnis können die Interessenten kurz die Beratungsstelle aufsuchen, um notwendige Dokumente vorzulegen und um das Beratungsprotokoll und die notwendigen subventionsrechtlichen Erklärungen zu unterschreiben.)**

- Weiterbildungsberatung im Rahmen des Programms Kompetenzentwicklung durch Bildungsscheckverfahren (Die Beratungsgespräche zur Ausstellung von Schecks für die Förderprogramme Beratung von Unternehmen zur Fachkräftesicherung, Potentialberatung und Kompetenzentwicklung von Beschäftigten durch Bildungsscheckverfahren können telefonisch oder per Videochat erfolgen. Bei positivem Beratungsergebnis können die Interessenten kurz die Beratungsstelle aufsuchen, um notwendige Dokumente vorzulegen und um das Beratungsprotokoll und die notwendigen subventionsrechtlichen Erklärungen zu unterschreiben.)
- Beratungen zur beruflichen Entwicklung / Anerkennung oder Kompetenzen
- Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren
- Regionalagenturen

Diese Einrichtungen stehen weiterhin vollständig telefonisch zur Verfügung bzw. werden vollständig im Sinne des Zuwendungsbescheides telefonisch verfügbar. Alle Einrichtungen sind aufgefordert, ihren Web-Auftritt und ihre Angebote im Internet im Rahmen der bestehenden Förderung auszubauen.

Die unter den ersten beiden Punkten genannten Regelungen gelten auch für das Beratungsprojekt „Arbeitnehmerfreizügigkeit fair gestalten“ (Arbeit und Leben NRW, Düsseldorf) und die Servicestelle faire Zusammenarbeit und Werkverträge (Technologieberatungsstelle NRW, Düsseldorf).

Die durchzuführenden Tätigkeiten im Rahmen der ESF-Förderprogramme „Ausbildungsprogramm NRW“, „Kooperative Ausbildung an Kohlestandorten in Nordrhein-Westfalen“, „100 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen“, „Teilberufsausbildung“ und „Öffentliche geförderte Beschäftigung“ sollen so weit wie möglich telefonisch oder elektronisch erfolgen.

4. Der Zugang zu Angeboten der nachstehenden Einrichtungen wird ab dem 16.03.2020 beschränkt und nur unter strengen Auflagen sowohl für den Innen- als auch für den Außenbereich (Besucherregistrierung mit Kontaktdaten, Reglementierung der Besucherzahl, Vorgaben für Mindestabstände zwischen Tischen von 2 Metern, Hygienemaßnahmen, Aushänge mit Hinweisen zu richtigen Hygienemaßnahmen etc.) gestattet:
 - Bibliotheken in nicht städtischer Trägerschaft
 - Hotels für die Bewirtung von Gästen, die nicht zu touristischen Zwecken übernachten.

Die städtische Bibliothek bleibt geschlossen.

5. Es werden alle Veranstaltungen grundsätzlich untersagt. Das schließt grundsätzlich auch Verbote für Versammlungen unter freiem Himmel wie Demonstrationen ein, die nach Durchführung einer individuellen Verhältnismäßigkeitsprüfung zugelassen werden können.

Dieses Verbot umfasst auch Versammlungen zur Religionsausübung wie z.B. Gottesdienste.

Ebenso werden von diesem Verbot auch private Veranstaltungen umfasst. Diese Feiern dürfen nicht als geschlossene Gesellschaft in Lokalitäten stattfinden.

Bei privaten Feiern wie z.B. Hochzeitsfeiern nach der Trauung ebenso wie bei Beerdigungen darf nur der engste Familienkreis anwesend sein. Dies beschränkt sich auf Angehörige ersten und zweiten Grades (Kinder, Enkel, Eltern, Großeltern, Geschwister des Brautpaares oder des / der Verstorbenen).

Von diesem Verbot ausgenommen sind Veranstaltungen, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Daseinsfür- und -vorsorge zu dienen bestimmt sind oder der Versorgung der Bevölkerung dienen (z.B. Wochenmärkte).

6. Folgende Bereiche des Einzelhandels werden weiterhin offengehalten:
Lebensmittel, Wochenmärkte, Abhol- und Lieferdienste, Getränkemärkte, Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien, Tankstellen, Banken und Sparkassen, Poststellen, Frisöre, Reinigungen, Waschsalons, der Zeitungsverkauf, Bau-, Gartenbau- und Tierbedarfsmärkte sowie der Großhandel.

Frisöre dürfen nur dann weiterhin offengehalten werden, wenn der Schwerpunkt des Geschäftes auf Tätigkeiten des Frisörhandwerks liegt.

Auf den Wochenmärkten dürfen keine Tische für den Verzehr von Speisen oder Sitzgelegenheiten aufgestellt werden. Es ist darauf zu achten, dass die Kunden sich nicht länger als für den Einkauf benötigt auf dem Wochenmarkt aufhalten und den entsprechenden Sicherheitsabstand untereinander einhalten.

Dienstleister und Handwerker können ihrer Tätigkeit weiterhin nachgehen.

Als Dienstleistungen sind immaterielle Güter anzusehen, in deren Mittelpunkt eine Leistung steht, welche von einer natürlichen oder juristischen Person zur Bedarfsdeckung im Rahmen der Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung erbracht wird (z.B. Rechtsanwälte, Steuerberater, Versicherungsmakler, Architekten, Immobilienmakler, Ingenieure, Autohandel). Die Dienstleister sollen die Geschäfte soweit wie möglich telefonisch oder elektronisch abwickeln. Ein direkter Kundenkontakt ist nur unter Einhaltung der einschlägigen Hygienevorschriften sowie in Fällen notwendig, die keine telefonische oder elektronische Abwicklung erlauben, wie z.B. das eigenhändige Unterschreiben von Dokumenten durch den Kunden.

Handwerker ist jeder dessen Betrieb im Hauptzweck auf die Erbringung einer handwerklichen Leistung gerichtet ist (z.B. Kfz- oder Klempnerwerkstatt). Ein direkter Kundenkontakt ist so weit wie möglich zu vermeiden. Die einschlägigen Hygienevorschriften sind zu beachten.

7. Alle anderen Verkaufsstellen des Einzelhandels sind ab dem 18.03.2020 zu schließen. Hierzu zählen auch:

- Sämtliche Geschäfte, deren Sortiment nicht schwerpunktmäßig aus Lebensmitteln oder Drogerieartikeln besteht, z.B. Haushaltwarengeschäfte oder Schreibwaren- und Bastelgeschäfte
- Optikfachgeschäfte und Schlüsseldienste
In Notfällen ist die Lieferung des notwendigen Materials an die Kunden erlaubt, nicht jedoch die Übergabe im Ladenlokal.

8. Die unter Ziffer 6 genannten Bereiche des Einzelhandels haben folgende Auflagen zu beachten und umzusetzen:

- Es dürfen nur so viele Personen gleichzeitig den Geschäftsbereich betreten, dass der geforderte Mindestabstand von zwei Metern zwischen den einzelnen Personen gewährleistet werden kann.
- Es sind ausreichend Hygienemittel, z.B. zum Desinfizieren der Hände oder der Einkaufswagen, zur Verfügung zu stellen.
- Sämtliche Einrichtungsgegenstände, mit denen der Kunde üblicherweise in Kontakt kommt, z.B. Türklinken oder Tresen, sind regelmäßig zu desinfizieren.
- Die Eingänge und die Bereiche des Geschäftes, in denen üblicherweise der Kundenkontakt entsteht, wie der Tresen oder die Kassen, müssen mit Aushängen versehen werden, auf denen die Hinweise zu richtigen Hygienemaßnahmen dargestellt sind.

- Es ist durch den Einzelhandel sicherzustellen, dass die Personen, die vor dem Eingang des Geschäftes warten, den Sicherheitsabstand von zwei Metern untereinander einhalten.
 - Warteschlangen sind zu vermeiden. Der Einzelhandel muss sicherstellen, dass sich wartende Personen auf dem Gelände verteilen.
9. Geschäften des Einzelhandels für Lebensmittel, Wochenmärkte, Abhol- und Lieferdienste, Apotheken sowie Geschäften des Großhandels ist bis auf weiteres auch die Öffnung an Sonn- und Feiertagen von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr gestattet. Dies gilt nicht für Karfreitag, Ostersonntag und Ostermontag.
10. Übernachtungsangebote zu touristischen Zwecken werden untersagt.
11. Diese Allgemeinverfügung gilt für den Zeitraum ab dem Tag nach ihrer Bekanntmachung und zunächst bis zum Ablauf des 19.04.2020.
12. Die Anordnungen zu den Ziffern 1 bis 10 dieser Verfügung sind gemäß § 28 Abs. 3 IfSG in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.
13. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen sind gemäß § 75 Absatz 1 IfSG Straftaten und werden mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder einer Geldstrafe bestraft.
14. Diese Verfügung gilt gemäß § 41 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) mit dem auf die öffentliche Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Gründe:

I.
Die aktuelle neue Infektionskrankheit Corona Covid-19 stellt aufgrund der hohen Ansteckungsgefährdung und Schwere der Erkrankung und des derzeitigen Fehlens von Medikationsmöglichkeiten eine besondere Gefahr für die Bevölkerung dar. Durch den vorherrschenden Übertragungsweg von SARS-CoV-2 (Tröpfchen) z.B. durch Husten, Niesen oder teils mild erkrankten oder auch asymptomatische infizierte Personen kann es zu Übertragungen von Mensch-zu-Mensch kommen. Übertragungen kommen im privaten und beruflichen Umfeld, aber auch bei Veranstaltungen vor. Größere Ausbrüche wurden in Zusammenhang mit Konferenzen (Singapur), Reisegruppen, Gottesdiensten (Südkorea) oder auch Karnevalsveranstaltungen (Deutschland) beschrieben.

Zweck des Infektionsschutzgesetzes ist es, übertragbaren Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern. Die Nichtdurchführung von Veranstaltungen von auch weniger als 1000 erwarteten Besuchern/Teilnehmern oder eine Durchführung ohne Besucher bzw. Zuschauer (z.B. bei Sportveranstaltungen) sind zur Risikominimierung erforderlich, um nach dem Stand der medizinischen Erkenntnisse besonders vulnerable Personengruppen vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 zu schützen.

Wegen der dynamischen Ausbreitung von SARS-CoV-2, die sich in den letzten Wochen – und hier insbesondere in Nordrhein-Westfalen mit den ersten Todesfällen bundesweit - gezeigt hat, sind bei der Entscheidung die medizinisch-fachlichen und epidemiologischen Erkenntnisse zu berücksichtigen, dass bei jeder größeren Menschenmenge die latente Gefahr der Ansteckung besteht und so jede Nichtdurchführung bzw. Einschränkung von Veranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen dem

Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung von SARS-CoV-2 Rechnung trägt, da sie eine Ansteckung einer größeren Anzahl von Personen zumindest verzögern kann.

Die dadurch erreichte Verzögerung des Eintritts von weiteren SARS-CoV-2-Infektionen ist dringend erforderlich, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten und die erforderlichen Kapazitäten für die Behandlung von Erkrankten, aber auch sonstigen Krankheitsfällen bereitzuhalten. Schließlich sind derartige Maßnahmen notwendig, um die dringend erforderliche Zeit für die Entwicklung bislang nicht vorhandener Therapeutika und Impfstoffe zu gewinnen.

Die Corona-Erkrankung CoViD-19 ist eine durch Corona-Viren des Typs SARS-CoV-2 verursachte respiratorische Erkrankung. Die Weltgesundheitsorganisation hat bestätigt, dass das Virus dazu in der Lage ist, von Mensch zu Mensch übertragen zu werden. Die Zeit zwischen Ansteckung und Ausbruch beträgt bis zu vierzehn Tagen.

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt oder ergibt sich, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, so trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen. Rechtsgrundlagen für die zu treffenden Maßnahmen nach Ziffer 1 und 2 dieser Verfügung sind die §§ 16 Abs. 1 S. 1, 28 Abs. 1 S. 2 IfSG in Verbindung mit § 35 Satz 2 VwVfG. Danach trifft die zuständige Behörde, wenn Tatsachen festgestellt werden, die zum Auftreten einer übertragbaren Krankheit führen können, oder anzunehmen ist, dass solche Tatsachen vorliegen, die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit hierdurch drohenden Gefahren.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat daher am 17. März 2020 eine aufsichtsbehördliche Weisung erlassen, die weitere kontaktreduzierende Maßnahmen anordnet.

Die Anordnung im Wege der Allgemeinverfügung ist zulässig, weil die Regelung des Verwaltungsaktes sich an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis richtet - hier Veranstalter öffentlicher Veranstaltungen und zugleich die Benutzung durch die Allgemeinheit regelt. Bei Veranstaltungen, wie z. B. im Kultur- oder Sportbereich, kann es unter ungünstigen Bedingungen zu einer Übertragung auf viele Personen kommen.

Die geforderten Maßnahmen entsprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 15 Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden NRW OBG). Andere gleich mögliche und geeignete, aber weniger beeinträchtigende Maßnahmen sind nicht ersichtlich. Nach der aktuellen Erkenntnislage muss davon ausgegangen werden, dass in der Regel keine Schutzmaßnahmen getroffen werden können, die gleich effektiv aber weniger eingriffsintensiv sind, als diese Verfügung anzuordnen. Dafür sprechen nachdrücklich die extrem hohen Risikofaktoren einer unüberschaubaren Vielzahl von Personen wie vor allem Dauer, Anzahl und Intensität der Kontaktmöglichkeiten.

II.

Zu Ziffer 1

Reiserückkehrer aus Risikogebieten bedeuten ein besonderes Risiko der Infektionsverbreitung. Ihnen ist daher der Zutritt zu bereits besonders geschützten Einrichtungen für die Dauer der Inkubationszeit zu verwehren. Die geforderten Maßnahmen entsprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 15 Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden NRW OBG). Andere gleich mögliche und geeignete, aber weniger beeinträchtigende Maßnahmen sind nicht ersichtlich.

Zu Ziffer 2

Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie stationäre Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe betreuen und beherbergen besonders vulnerable Personengruppen. Daher sind Sie verpflichtet, Besucherzahlen zu beschränken und mit Schutzausrüstungen besonders

sparsam umzugehen. Die Anordnung ist erforderlich, um das Gesundheitssystem vor der befürchteten Überlastung zu schützen und die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Etwaige Erlasse der jeweiligen Aufsichtsbehörden bleiben unberührt.

Die geforderten Maßnahmen entsprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 15 Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden NRW OBG). Andere gleich mögliche und geeignete, aber weniger beeinträchtigende Maßnahmen sind nicht ersichtlich.

Zu Ziffer 3

Die genannten Einrichtungen dienen der Unterhaltung und Freizeitgestaltung bzw. sind nach dem Grundsatz der weitgehenden Kontaktreduzierung im sozialen Kontakt nicht notwendige Angebote. Daher soll der Betrieb in der Phase der strikten Reduzierung der Infektionsrisiken unterbleiben und zwar unabhängig von Trägerschaft und Eigentumsverhältnissen.

Die wirtschaftlichen Einschränkungen sind im Sinne des Allgemeinwohls nach Abwägung aller Interessen hinzunehmen. Nach der aktuellen Erkenntnislage muss davon ausgegangen werden, dass in der Regel keine Schutzmaßnahmen durch den Betreiber getroffen werden können, die gleich effektiv aber weniger eingriffsintensiv sind, als das Angebot nicht durchzuführen. Die geforderten Maßnahmen entsprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 15 Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden NRW OBG). Andere gleich mögliche und geeignete, aber weniger beeinträchtigende Maßnahmen sind nicht ersichtlich.

Zu Ziffer 4

Die Zugangsbeschränkung zu den unter Ziffer 4 genannten Einrichtungen ist erforderlich, weil diese Einrichtungen eine Versorgungs- und Informationsfunktion haben, andererseits aber nach dem Grundsatz der weitgehenden Kontaktreduzierung im sozialen Kontakt Infektionsquellen darstellen.

Die unter Ziffer 4 genannten Auflagen dienen dazu, dieses Risiko zu reduzieren und etwaige Infektionsketten nachvollziehen zu können.

Zu Ziffer 5

Faktoren, die Übertragungen von SARS-CoV-2 begünstigen, sind nach den Allgemeinen Prinzipien der Risikoeinschätzung und Handlungsempfehlungen (COVID-19) des Robert Koch-Institutes vom Februar 2020:

- eher risikogeneigte Zusammensetzung der Teilnehmer (viele Personen, Personen mit Grunderkrankungen etc.);
- eher risikogeneigte Art der Veranstaltung (Dauer, Anzahl und Intensität der Kontaktmöglichkeiten etc.);
- eher risikogeneigter Ort der Veranstaltung und Durchführung (bereits Infektionen in der Region, bauliche Gegebenheiten des Veranstaltungsortes etc.).

Nach der aktuellen Erkenntnislage muss davon ausgegangen werden, dass in der Regel keine Schutzmaßnahmen durch den Veranstalter getroffen werden können, die gleich effektiv aber weniger eingriffsintensiv sind, als eine Veranstaltung nicht durchzuführen. Dafür sprechen nachdrücklich die extrem hohen Risikofaktoren einer unüberschaubaren Vielzahl von Personen wie vor allem Dauer, Anzahl und Intensität der Kontaktmöglichkeiten. Im Falle einer Infektion wären auch der Infektionsweg und die Ausbreitung für die Gesundheitsbehörden nicht mehr rekonstruierbar.

Die vom Robert-Koch-Institut empfohlenen lassen sich bei Veranstaltungen nicht zuverlässig umsetzen und stehen in keinem Verhältnis zur Absage. Die Wirksamkeit der denkbaren Vorkehrungen wäre zudem nur eingeschränkter Natur und daher nicht gleich effektiv, wie die nun erforderliche Absage. Das Auswahlermessen der zuständigen Behörden reduziert sich damit laut Weisung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen dahingehend, dass nur die Absage oder Verschiebung der Veranstaltung in Betracht kommt.

Ausgenommen sind Veranstaltungen, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Daseinvor- und fürsorge dienen.

Zu Ziffer 6

Die unter dieser Ziffer genannten Bereiche des Einzelhandels bzw. der Dienstleistungen sind zur Deckung des Grundbedarfs der Bevölkerung an Lebensmitteln und Dienstleistungen unabdingbar und notwendig.

Zu Ziffer 7

Alle anderen Verkaufsstellen des Einzelhandels dienen nicht der unbedingt notwendigen Grundversorgung der Bevölkerung. Sie sind nach dem Grundsatz der weitgehenden Kontaktreduzierung im sozialen Kontakt nicht notwendige Angebote. Daher müssen diese Betriebe in der Phase der strikten Reduzierung der Infektionsrisiken geschlossen gehalten werden.

Die wirtschaftlichen Einschränkungen sind im Sinne des Allgemeinwohls nach Abwägung aller Interessen hinzunehmen. Nach der aktuellen Erkenntnislage muss davon ausgegangen werden, dass in der Regel keine Schutzmaßnahmen durch den Betreiber getroffen werden können, die gleich effektiv aber weniger eingriffsintensiv sind, als das Angebot nicht durchzuführen. Die geforderten Maßnahmen entsprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 15 Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden NRW OBG). Andere gleich mögliche und geeignete, aber weniger beeinträchtigende Maßnahmen sind nicht ersichtlich.

Zu Ziffer 8

Diese Auflagen sind notwendig, da die unter Ziffer 6 genannten Bereiche des Einzelhandels eine notwendige Versorgungsfunktion der Bevölkerung wahrnehmen und deshalb offen gehalten werden müssen, andererseits aber nach dem Grundsatz der weitgehenden Kontaktreduzierung im sozialen Kontakt Infektionsquellen darstellen.

Die unter Ziffer 8 genannten Auflagen dienen dazu, dieses Risiko zu reduzieren.

Zu Ziffer 9

Die Öffnungsmöglichkeit für die Einzelhandelsgeschäfte, Märkte, Hol- und Bringdienste zur Lebensmittelversorgung, die Großmärkte und die Apotheken dient der Lenkung des Einkaufsverhaltens unter der Zielsetzung des in der aktuellen Situation dringend gebotenen Infektionsschutzes durch größtmögliche Kontaktvermeidung.

Die zusätzlichen Öffnungszeiten sollen die Kundenströme so lenken, dass für die lebensnotwendigen Einkäufe gerade den pandemierelevanten Berufsgruppen, die auf das Wochenende als Einkaufszeit angewiesen sind, ausreichend Einkaufsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die aktuellen Erfahrungen zeigen, dass wichtige Lebensmittel zwar grundsätzlich verfügbar, aber an den jeweiligen Einkaufstagen oft schon nach einem begrenzten Zeitraum vergriffen sind. Wenn in dieser Situation für Personen, die nur am Wochenende einkaufen können, der Samstag der einzige Einkaufstag ist, führt das zwangsläufig an diesem Tag in der relevanten Verkaufszeit zu erheblichen Kundenansammlungen. Erfahrungen aus den südlichen Staaten zeigen, dass dieses Problem im Verlaufe einer Pandemie eher noch zunehmen kann.

Von solchen Einkaufssituationen gehen ganz erhebliche Infektionsrisiken aus, die im Sinne der jetzt getroffenen Gesamtregelung dringend zu vermeiden sind. Die Anordnung einer über das LÖNRW hinausgehenden Sonntagsöffnungsmöglichkeit ist daher eine dringende gebotene Schutzmaßnahme im Stadium der Bekämpfung einer übertragbaren Krankheit im Sinne des 5. Abschnitts des IfSG. Die angeordnete Maßnahme stützt sich daher auf § 28 Absatz 1 Satz 1 IfSG.

Der Karfreitag, Ostersonntag und Ostermontag bleiben jedoch als hohe christliche Feiertage weiterhin besonders geschützt.

Zu Ziffer 10

Auch diese Anordnung dient der weiteren Kontaktreduzierung der Bevölkerung.

Übernachtungen zu touristischen Zwecken dienen nicht der Grundversorgung, sondern sind Teil der Freizeitgestaltung.

Zu Ziffer 12

Gemäß § 28 Abs. 2 i.V.m. § 16 Abs. 8 Infektionsschutzgesetz ist diese Verfügung gesetzlich sofort vollziehbar. Einer Anordnung der sofortigen Vollziehung bedarf es nicht. Die sofortige Vollziehung ist vorgesehen, wenn ein besonderes öffentliches Interesse daran besteht, dass Rechtsbehelfe keine aufschiebende Wirkung entfalten. Dieses öffentliche Interesse besteht darin, dass die Übertragung der Krankheit in der breiten Öffentlichkeit verhindert bzw. verzögert wird.

Es wäre daher weder angemessen noch hinnehmbar, wenn ein Rechtsbehelf die Anordnung aufheben könnte und erst nach gerichtlicher Prüfung durchsetzbar würde. Dann wäre die angeordnete Maßnahme nicht mehr wirksam, der erforderlichen Gefahrenabwehr wäre nicht mehr Rechnung getragen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55 a Absatz 4 VwGO eingereicht sein. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. I S. 3803)

Leichlingen, den 20.3.2020

gez.

Frank Steffes
Bürgermeister